

„Schutz und Asyl für Deserteure“

OSTERMARSCH Redner fordert Ende der Gewaltspirale in der Ukraine

VON STEFFEN LYNCH

Offenbach – Rote Fahnen flattern am Ostersonntag im Nieselregen vor dem Rathaus. Auf einer ist das Konterfei von Rosa Luxemburg zu sehen – der Ikone des linken Antimilitarismus. Vor 100 Jahren stand die Revolutionärin in Frankfurt vor Gericht, weil sie deutsche und französische Arbeiter dazu aufrief, im Falle eines Krieges nicht aufeinander zu schießen. Das Urteil: ein Jahr Gefängnis. Wenige Monate später begann der Erste Weltkrieg. Gut ein Jahrhundert später ist Europa schon wieder Kriegsschauplatz.

Überall im Land gingen am Osterwochenende Menschen auf die Straße, um für Frieden und Abrüstung zu demonstrieren. In Offenbach rief die Friedensinitiative zu einer Kundgebung auf. Etwa 80 Teilnehmer folgten dem Aufruf und versammelten sich vor dem Rathaus. Sie forderten Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweigerer.

DKP, IG Metall, Freidenker: Es sind die üblichen Gruppen, die man auf solch einer Demo erwartet. Manche von ihnen haben selbst gemachte Schilder dabei. „Ich will keine kriegstüchtige Gesellschaft, sondern eine friedenswillige“, steht auf dem Plakat eines älteren Mannes. Auf der gelben Weste einer Ordnerin leuchten knallrot Hammer und Sichel. Ein anderer Mann hat einen Anstecker an die Jacke: „Raus aus der Nato.“ Der Himmel ist wolkenverhangen, es tröpfelt. Die Teilnehmer suchen Schutz unter dem Unterstand des Rathaus-Cafés und warten, dass es losgeht. Vorwiegend ältere Frauen und Männer sind gekommen, ihre Blicke sind ernst.

Rudi Friedrich tritt ans Mi-

krofon. Der Geschäftsführer des Vereins „Connection“ setzt sich seit vielen Jahren für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure ein. In seiner Rede fordert er, russischen und ukrainischen Kriegsdienstverweigerern, Schutz und Asyl in der EU zu gewähren. Es sei ein unveräußerliches Menschenrecht, sich einem Krieg zu entziehen, sagt Friedrich. Auf beiden Seiten drohe Männern, die nicht kämpfen wollen, Gefängnis oder Zwangsrekrutierung.

Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine vor etwas mehr als zwei Jahren wird daher über den Umgang mit De-

„ Ich will keine kriegstüchtige Gesellschaft, sondern eine friedenswillige.

Plakat-Aufschrift eines älteren Mannes

serteuren aus den beiden Ländern diskutiert. Im Bundestag versuchte die Linkspartei bereits im September 2022 mit einem Antrag, eine sichere Einreise nach Europa und klaren Aufenthaltsstatus für russische Deserteure zu schaffen. Der Antrag wurde

abgelehnt. Laut Zahlen des Bundesinnenministeriums von September 2023 hatten seit Kriegsbeginn 3500 Russen im wehrfähigen Alter Asyl beantragt, aber nur 90 von erhielten zu diesem Zeitpunkt einen Schutzstatus. Damals waren nur rund die Hälfte der Anträge geprüft.

Dagegen können sich die 200000 Ukrainer im wehrfähigen Alter, die in den vergangenen drei Jahren nach Deutschland geflohen sind, über mehr Schutz und Unterstützung freuen. Sie bekamen dank der europäischen „Massenzustrom-Richtlinie“, die für sie erstmals aktiviert

wurde, ohne Asylverfahren den Status von Geflüchteten zugesprochen und haben somit Anspruch auf Bürgergeld. Doch der Ukraine gehen die Soldaten aus, weshalb das kriegsgebeutelte Land seine Bürger längst zur Rückkehr aufgerufen hat.

Zurück nach Offenbach. Zu einem besonderen Auftritt kommt es am Ende der Kundgebung: ein russischer Deserteur – Maxim Nekulcha – spricht zu den Friedensaktivisten. Er wolle nicht für Putins verbrecherischen Krieg sterben. „Ich möchte in Frieden leben – in einem freien Land“, sagt er abschließend.



Recht auf Kriegsdienstverweigerung: Redner Rudi Friedrich fordert vor dem Offenbacher Rathaus Schutz für Deserteure – aus Russland und der Ukraine.

FOTO: LYNCH